

HESSSEN



LANDES JOURNAL

Heiligendamm, Frankfurt und was kommt noch?

GdP mit Kompetenz im Einsatz



Jörg Bruchmüller

8000 Polizeibeamte in Frankfurt am Main! Wann hat es das schon mal gegeben? Der Anlass, die NPD-Demo am 7. 7. 2007, ließ im Vorfeld nichts Gutes vermuten. Im Internet hatten gewaltbereite rechte und linke Demonstranten mobil gemacht und nach den Ereignissen in Heiligendamm bestand die berechtigte Sorge, dass es zu schweren Ausschreitungen kommen könnte. Daher Grund genug für die Frankfurter Polizei, die Einsatzlage entsprechend sensibel zu bewerten und starke Kräfte vorzuhalten.

Die Bilanz nach dem Einsatz dokumentiert über 200 Festnahmen, fünf leichtverletzte Kollegen, Sachschaden von rund 300 000 Euro. Es gab und gibt Kritiker die sagen, dass der Einsatz personell überdimensioniert war. Ich teile diese Auffassung nicht!

Natürlich ist man nach dem „Kirchgang“ schlauer. Zur

Erinnerung: In Heiligendamm wurden 16 000 Polizisten eingesetzt und einige Hundert Kolleginnen und Kollegen verletzt.

Fünf leicht verletzte Polizisten sind fünf zuviel, aber das Einsatzergebnis in Frankfurt zeigt, dass das Konzept insofern richtig war. Gewaltbereite Demonstranten hatten kaum eine Chance. Die starke Polizeipräsenz und das gute, konsequente Einsatzkonzept (viele Vorkontrollen) der Frankfurter Polizei haben dies verhindert – letztendlich im Sinne der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen! Und nicht nur das. Für Rechtsextreme und gewaltbereite Demonstranten muss klar sein, dass in Frankfurt für sie kein Platz und die Polizei jederzeit Herr der Lage ist. Ich begrüße auch das Engagement der Oberbürgermeisterin Petra Roth, die mit ihrem Aufruf zur Zivilcourage auf dem Frankfurter Römer deutliche Zeichen gesetzt hat!

Anlässlich unserer GdP-Betreuung habe ich mit vielen Kolleginnen und Kollegen, auch aus anderen Bundesländern gesprochen. Bayern, Bundespolizisten und Brandenburger waren mit der Unterbringung hoch zufrieden und stellten einen deutlichen Unterschied zu der beklagenswerten Situation in Heiligendamm fest. Ausnahmslos alle eingesetzten Kräfte lobten die Verpflegung an der Messehalle, bei der wieder WM-Standard erreicht wurde. Ausnahmslos?

Kräfte aus Westhessen, die seit den frühen Morgenstunden auf den Beinen waren, wurden bis Mittag nicht verpflegt – aber da gibt es ja die Hotline der GdP und Mike Messer und Peter Wittig lösten das Problem „ihrer“

Kolleginnen und Kollegen mit heißen Rindswürstchen vor Ort.

Auch das erhöht den Einsatzwert, wenn die GdP mit ihrer bewährten Betreuung bei Großlagen ergänzend unterstützt, Eis verteilt und mit den Einsatzkräften spricht. Dies ist zumindest meine Wahrnehmung aus vielen Gesprächen. Einigen politischen Verantwortlichen möchte ich damit deutlich sagen: Wir verstehen uns nicht als Konkurrenz, sondern als diejenigen, die das Wohl der Kolleginnen und Kollegen im Auge haben und wissen, dass es bei Großlagen immer wieder Pannen geben wird.

Keine Panne, sondern schlichtweg veraltete Technik ist der Grund für die schlechte Kommunikation über Funk, über die sich viele Führungskräfte beklagt haben. Dieser Großeinsatz hat die Grenzen des Analogfunks sehr deutlich gemacht – der Digitalfunk ist längst überfällig!

Soweit zum kurzen Blitzlicht des Einsatzes. Welche Erkenntnisse ergeben sich aber daraus für die Kolleginnen und Kollegen und für die Polizeiführung?

Richtig! Wir brauchen mehr Personal! Großlagen werden naturgemäß immer mit Kräften aus anderen Bundesländern bewältigt werden müssen, was den Polizeihushalt belastet und die Verteilungsmöglichkeiten für andere polizeiliche Notwendigkeiten reduziert. Das ist aber nicht das eigentliche Problem. Das Kernproblem ist vielmehr die ungeheure Belastung der Kolleginnen und Kollegen seit Monaten. Vor dem Großeinsatz haben wir rund 2,5 Millionen Überstunden bilanziert. Es werden sicher mehr, denn der Fahrplan für die nächsten Wochen ist

bekannt! Das Tagesgeschäft bleibt somit teilweise auf der Strecke! Unsere Tarifbeschäftigten wurden in die Personalvermittlungsstelle gemeldet und die Arbeit wird jetzt von den Polizeibeamtinnen und -beamten wahrgenommen. Verkehrsüberwachung findet kaum noch statt. Die tödlichen Verkehrsunfälle z. B. bei den Motorradfahrern haben sich im laufenden Jahr vervierfacht! Bürger beklagen sich zunehmend über Wartezeiten bei VU- und Anzeigenaufnahme. Ist das der Anspruch der Polizei?

Gerne höre ich die frohe Kunde, dass man seitens der Landesregierung die Einstellungszahlen erhöhen will. Allein mir fehlt der Glaube, wenn ich lese, unter welchen Vorbehalten diese Absichtserklärung steht. Darüber hinaus bleibt festzustellen, dass dieses Mehr an Personal erst in drei Jahren zur Verfügung stünde. Man braucht nicht viel Phantasie, wenn man weiß, wie vorläufige Zufriedenheit erreicht werden soll. Die Auszahlung von Überstunden nach dem Muster der WM wird sicherlich noch vor der Landtagswahl realisiert werden.

Ist das die Lösung? Noch ein Gedanke: Beim Lesen der Zeitung habe ich heute Morgen zur Kenntnis genommen, dass die Bahnbediensteten eine Gehaltssteigerung ab dem 1. 1. 2008 von linear 4,5 % und eine Einmalzahlung für 2007 von 600 Euro ausgehandelt haben! Wie war das noch am 15. Mai 2007? Die Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei wissen, was sie der Landesregierung wert sind – jeden Tag mehr!

Jörg Bruchmüller

Ran an die Mannschaft – GdP-Betreuung in Frankfurt

Die Rechten kommen nach Frankfurt. Seit Wochen beschäftigte dies nicht nur die hessische Polizei über die Landesgrenzen hinaus. Auch das entsprechende Gegenklientel machte mobil.

Es folgten die üblichen Auseinandersetzungen zwischen Veranstaltern, Stadt und Verwaltungsgerichtsbarkeit über Ort, Zeit und Ausmaß dieser Veranstaltungen.

Letztendlich dauerte es wie gewohnt bis zum letzten Tag, bis diese Dinge durch das Verwaltungsgericht ihren Rahmen bekamen.

Hiervon betroffen waren bei diesem Großeinsatz mehrere Tausend Kollegen/-innen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Auf den Erfahrungen der GdP-WM-Betreuung 2006 aufbauend, haben wir uns dazu entschlossen, auch diesen Einsatz ähnlich zu begleiten. Im Gebäude des Zentralverbandes der Deutschen Elektroindustrie in



GdP-Betreuungsteam

der Stresemannallee errichteten wir unseren Stützpunkt, der als zentrale Koordinierungsstelle diente.

Etwa 20 Vertreter aus allen hessischen Bezirksgruppen und dem Landesvorstand trafen sich am frühen Samstagmorgen zur Vorbereitung.

Den Schwerpunkt unserer Betreuung legten wir ganz be-



Jörg Bruchmüller begrüßt Neumitglied

wusst in die „Vor-Ort-Betreuung“. Unser Ziel war es, an die Kräfte am Einsatzort heranzukommen, um diese betreuen zu können. Die Erfahrungen haben uns gezeigt, dass es gerade hier immer wieder in der Vergangenheit zu Mängeln kam.

Drei Fahrzeuge wurden von uns für diese Vorhaben ausgerüstet. Ausgestattet mit heißen Würstchen, kalten Getränken, einer Menge Eis und anderem Betreuungsmaterial machten wir uns also auf den Weg.

Eine große Herausforderung – können wir das leisten und ist es überhaupt notwendig? Fragen und Gedanken, die uns im Vorfeld natürlich beschäftigten.

Wir waren für euch da

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war für die GdP nicht nur notwendig, es war uns eine Verpflichtung euch gegenüber, dies zu leisten. Um es vorwegzunehmen – es war ein voller Erfolg.

Die ersten Anrufe über die Hotline erreichten uns schon am frühen Morgen. Stundenlange Einsatzlage ohne Verpflegung,



H. Dobrindt mit Brandenburger Kollegen

keine Möglichkeit zum Verpflegungsstützpunkt Messe zu kommen, das eigene Verpflegungsfahrzeug nicht vor Ort ..., das war unser Aufruf!

Es ist uns über den gesamten Einsatztag gelungen, genau dorthin vorzustoßen, wo es Mängel gab. Sei es in der Innen-



Ausgabe:
Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



Bei der Bundespolizei

stadt, Bahnhof, Bockenheim, Rödelheim oder auch in Hausen selbst gewesen, wir haben uns erfolgreich durchgekämpft und unsere Zielgruppen erreicht.

Bestätigung bekamen wir dann auch vor Ort. Die Gesich-

ter unserer Kollegen/-innen haben Bände gesprochen. Man war schlichtweg begeistert von dieser neuen Art der zielgerichteten Betreuung.

Wir haben an der Basis viele Gespräche führen können, die



Personalratsgäste bei der GdP – wo sonst?

uns immer wieder neu motivierten. Auch die Reaktionen der eingesetzten nichthessischen Kräfte und der Bundespolizei zeigte nachhaltige Wirkung. Es wurde mit großer Begeisterung registriert.

Die GdP war da!

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen wieder, darauf könnt ihr euch verlassen!!!
Peter Wittig

BEAMTENVERSORGUNG

Landesregierung setzt Bundesverfassungsgerichtsurteil um

Nachdem das BVerfG die „3-Jahres-Grenze“ für verfassungswidrig erklärte und dies am 13. 4. 2007 veröffentlichte, forderte die GdP in ihrem Flugblatt vom 7. 5. die Landesregierung auf, dieses Urteil sofort umzusetzen. Dies wurde jetzt mit einem Gesetz vollzogen, welches nun Klarheit schafft.

Die darin enthaltenen Regelungen bedeuten für hessische Beamtinnen und Beamte Folgendes:

Die „Zwei-Jahres-Grenze“ gilt automatisch für alle Versorgungsfälle, die nach dem 12. 6. 2007 eintreten.

Für all die Kolleginnen und Kollegen, deren Versorgung wegen Nichteinhaltens der „Dreijahresgrenze“ nicht aus dem letzten, sondern dem vorausge-

gangenen Amt berechnet wurden, gilt: Für alle Bescheide, die zwischen dem 13. 4. 2007 und dem 12. 6. 2007 rechtskräftig wurden, werden diese **von Amts wegen** aufgehoben und entsprechend der „Zwei-Jahres-Grenze“ neu festgesetzt. Das heißt, die Betroffenen müssen nicht selbst tätig werden.

Für alle, deren Bescheid vor dem 13. 4. 2007 bestandskräftig wurde, werden diese nur auf Antrag aufgehoben und neu festgesetzt, d. h., Betroffene müssen sich selbst an die Pensionsregelungsbehörde wenden.

Hier gibt es die neuen Versorgungsbezüge aber erst für die Zeit ab dem 13. 4. 2007, da das BVerfG keine rückwirkende Regelung getroffen hat.

Außerdem hat die Landesregierung die Hinzuverdienstgrenze für Pensionäre mit Wir-

kung vom 1. 7. 2007 aufgehoben!

Dies gilt jedoch nicht für die Kolleginnen und Kollegen, die auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand gehen oder von der Altersteilzeit Gebrauch machen.

Jörg Schumacher

ES VERSTARBEN

Heinrich Sauer
Günter Lawrenz
Kreisgruppe
Marburg-Biedenkopf

Karl Kubiena
Kreisgruppe Wiesbaden
Karl Wenderoth
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Forderungen der GdP Hessen

Im Vorfeld der Verabschiedung des Landeshaushaltes gilt es, rechtzeitig Pflöcke einzuschlagen. Dies tut die GdP seit Jahren, indem sie Forderungen zum Landeshaushalt rechtzeitig und umfassend kommuniziert.

Die hessische Sicherheitsarchitektur der Landesregierung wird mit Blick auf das zur Verfügung stehende Personal scheitern. Die erfolgten Stellenstreichungen und Umwidmungen machen deutlich, dass das Diktat der Einsparung, nicht zuletzt durch die Operation Sichere Zukunft, auch im Bereich der inneren Sicherheit voll durchschlägt.

Ohne qualifiziertes Personal, damit sind Profis der inneren Sicherheit gemeint und keine Billiglösungen, verpuffen die in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen, Hessen als eines der sichersten Bundesländer zu machen.

Der Abbau von 1070 Polizeivollzugsstellen bis zum Jahr 2008 wird an dieser Stelle verdeutlicht:

- **250 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten werden als Tarifbeschäftigte auf Vollzugsstellen geführt.**
- **460 Vollzugsstellen wurden im Jahr 2004 in Tarifstellen umgewandelt.**
- **360 Vollzugsstellen werden durch die Operation Sichere Zukunft abgebaut.**

In den zurückliegenden Jahren sind die Folgen des Personalabbaus deutlich geworden. Sukzessive werden Polizeidienststellen geschlossen und mit anderen zusammengelegt. Dabei ist es vorgekommen, dass zusammengelegte Dienststellen, bedingt durch Platzmangel, nicht mehr den Voraussetzungen des Arbeitsschutzes entsprachen.

Der einstmals praktizierte Bürgerservice, nämlich die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort,

wird dort, wo Polizeidienststellen zur Nachtzeit geschlossen sind, durch Technik wahrgenommen. Allen politischen Beteuerungen zum Trotz ist weniger Service zu konstatieren.

Eingesparte Budgets, bedingt durch den verordneten restriktiven Sparkurs, fließen zurück an den Finanzminister. Dabei wird nicht differenziert, wie die individuellen Handlungsspielräume der Ermittlerinnen und Ermittler bedingt sind.

Weiterhin sind Höhergruppierungen im Bereich der Tarifbeschäftigten kaum möglich. Im Beamtenbereich werden die zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten nicht zu 100 Prozent ausgeschöpft.

In Beschäftigtenkreisen sind spürbar Perspektivlosigkeit und Demotivation erkennbar.

Seit der Veräußerung der polizeilichen Liegenschaften auf den internationalen Finanzmärkten und der sich anschließenden Rückmietung (Sell-and-Lease-Back-Verfahren) ist nicht nur die den nachfolgenden Generationen auferlegte finanzielle Belastung festzustellen.

Das für die Instandsetzung und Reinigung der Polizeiliegenschaften zuständige Hessische Immobilienmanagement hat sich aus polizeilicher Sicht bereits schon jetzt nicht bewährt.

Das polizeilichen Liegenschaften, insbesondere dort, wo im Schichtdienst 24 Stunden Dienst geleistet wird, nicht mit anderen Liegenschaften zu vergleichen ist, dürfte auf der Hand liegen. Dennoch ist das Hessische Immobilienmanagement nicht flächendeckend in der Lage, den Bedürfnissen des Schichtdienstes durch die entsprechende Erhöhung der Reinigungsintervalle Rechnung zu tragen.

Dafür müssen die Behörden und Einrichtungen die Service-

kosten ohnehin noch entrichten bzw. bekommen für die erbrachten Leistungen Rechnungen gestellt.

Das nicht zum Hessischen Immobilienmanagement gewechselte Personal wird nunmehr doppelt bestraft. Die erlernten Tätigkeiten dürfen nicht mehr ausgeführt werden, weil dafür das Hessische Immobilienmanagement zuständig ist.

Im Gleichklang gehen einige Behörden daran, neue und damit minderwertige Arbeitsplatzbeschreibungen für die betroffenen Beschäftigten zu erstellen. Damit sollen Herabgruppierungen herbeigeführt werden. Dieses berechnende Vorgehen zeigt das ganze Ausmaß der Wertschätzung der Arbeitskraft Mensch.

Als einziger Flächenstaat hat Hessen den Tarifvertrag der Länder (TV-L) nicht unterschrieben.

Für die Angestellten im Landesdienst gab es seit 2004 keine Gehaltserhöhungen und für die Beamten lediglich geringe Einmalzahlungen (ohne Berücksichtigung des Inflationsausgleichs). Durch den mit dem Hessischen Beamtenbund als Partner vereinbarten Beschluss der Landesregierung am 15. Mai 2007 werden die Beamten des Landes auch weiterhin schlechtergestellt als die Tarifbeschäftigten.

Die Beibehaltung der 42-Stunden-Woche ist vor dem Hintergrund der andauernd steigenden Arbeitsbelastung bei gleichzeitigem Personalabbau inakzeptabel.

Der Stellenabbau im Bereich der Tarifbeschäftigten der hessi-

schen Polizei (1999 bis 2008 rund 1664 Stellen) führt zu einer Aufgabenverschiebung der polizeilichen Tätigkeiten.

Tätigkeiten, die Tarifbeschäftigte wahrnehmen haben, müssen durch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wahrgenommen werden.

Dies moniert auch der Hessische Rechnungshof in seinem aktuellen Prüfbericht und mahnt das HMdI an, dort, wo tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte eingesetzt werden können, dies auch stringent zu tun. Dies passt aber nicht zum seit 1999 durchgeführten Stellenabbau im Tarifbereich und im Bereich der Verwaltungsbeamten.

Das politische Konzept der Landesregierung, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, wird alleine in diesem Bereich ad absurdum geführt.

Der im zurückliegenden Jahr erhobenen Forderung, wesentlich mehr als die beabsichtigten 250 Neueinstellungen bei der hessischen Polizei vorzunehmen, ist man nur bedingt gefolgt. Im kommenden Jahr sollen mindestens 400 Neueinstellungen vorgenommen werden.

Dies reicht, gemessen an den bereits durchgeführten Stellenstreichungen, bei weitem nicht aus, um dem beschriebenen Abwärtstrend effektiv zu begegnen.

Als ein nicht zu vernachlässigender weiterer Faktor ist auch bei der hessischen Polizei der demografische Faktor zu nennen.

Ohne personelle Steuerungsmechanismen ist in zehn Jahren, also im Jahr 2017, nur noch jeder dritte Polizist unter 40 Jahre alt.

Die geburtenstarken Jahrgänge rücken immer näher an das Pensionsalter, derzeit 60 Jahre, heran.

26 Prozent der 14 600 hessischen Polizistinnen und Polizis-

LANDESHAUSHALT 2008

ten sind bereits 50 Jahre und älter.

Dieser Anteil erhöht sich bis zum Jahr 2016 auf 36 Prozent. Mehr als die Hälfte, nämlich 56 Prozent, sind bereits über 40 Jahre alt. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter an. Den besonderen Belastungen des polizeilichen Dienstes geschuldet sind auch die rund 800 (5,5 Prozent) eingeschränkt dienstfähigen Beamten.

Daher ist die Einstellung von mindestens 500 Neueinstellungen vorzunehmen und auch 1:1 umzusetzen.

Es nutzt nichts, wenn von den 500 beabsichtigten Einstellungen, die sind mittlerweile in Wahlprogrammen zu lesen, durch die Hintertür abgeschmolzen werden.

Im Gegensatz zu den Beamtinnen und Beamten der hessischen Landesverwaltung dürfen

Polizeivollzugsbeamtinnen und -vollzugsbeamte nicht an der Altersteilzeit teilnehmen. Und dies obwohl ein entsprechender Kabinettsbeschluss vorliegt.

Einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wird deutlich widersprochen.

Gerade die Ausübung der gefahrengeeigneten Tätigkeiten und die durch den unregelmäßigen Dienst oder auch Schichtdienst zu konstatierende Gesundheitsschädigung müssen letztendlich beim Pensionsalter ihren Niederschlag finden.

Die Sicherheitsarchitektur Hessens entspricht nicht den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch auf eine qualifizierte und professionelle Dienstleistung haben.

Der Versuch der flächendeckenden Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes ist nicht gelungen. Einige Kommunen haben denselben bereits wieder abgeschafft.

Derzeit sind über 700 freiwillige Polizeihelfer in den Kommunen tätig. Effizienz bleibt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern fraglich.

Die Einführung des Digitalfunks, die hessische Polizei arbeitet noch immer mit der veralteten analogen Technik, muss dringend vorangetrieben werden.

Insbesondere bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens aber auch bei Großeinsatzlagen ist die Einführung der digitalen Technik überfällig.

Der Fuhrpark bei der hessischen Polizei muss einer kontinuierlichen Erneuerung unterliegen. Dienstkraftfahrzeuge

sind Arbeitsplätze, die besonderen Kriterien im Sinne des Arbeitsschutzes unterliegen.

Daher sind die Ersatzbeschaffungen innovativ voranzutreiben und neue Techniken zu nutzen.

Die Schließungen der polizei-eigenen Kraftfahrzeugwerkstätten haben sich insbesondere dort, wo die Dienstkraftfahrzeuge nicht mehr den Garantiebestimmungen unterliegen, nicht bewährt.

Erhebliche Mehrkosten bei der Wartung der Fahrzeuge schlagen sich negativ auf die Budgets der Polizeibehörden und -einrichtungen nieder.

Das Prinzip „Outsourcing“ ist gescheitert.

Jens Mohrherr

GdP IM GESPRÄCH

Konrad Freiberg auf Stippvisite im Hessischen Landeskriminalamt

Am 18. Juni nutzte Bundesvorsitzender Konrad Freiberg den Besuch des Deutschen Präventionstages in Wiesbaden zu einer Stippvisite im Hessischen Landeskriminalamt.

Im Beisein unseres Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller nahm Konrad Freiberg die Gelegenheit wahr, um sich bei dem langjährigen GdP-Mitglied und Präsidenten des HLKA, Peter Raisch, sowie dem Bezirksgruppenvorsitzenden der Polizeizentralbehörden Hessen (PZBH), Ralf Humpf, der gleichfalls das Amt des Personalratsvorsitzenden bekleidet, über die seit dem 1. Januar 2007 bestehende Organisationsstruktur und das Aufgabenspektrum der Behörde zu informieren. Mit Interesse verfolgte Konrad Freiberg die



IM GESPRÄCH: v. l. Ralf Humpf, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, HLKA-Präsident Peter Raisch und GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller

Ausführungen von Peter Raisch, die sich nicht nur auf die aktuelle Situation der Behörde mit seinen rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezogen, sondern ebenfalls einen Aus- und

Einblick in die künftige Gestaltung der Arbeit und Möglichkeiten des Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Instituts gewährten. So werde durch die Realisierung eines

Anbaus an die bestehenden Gebäudekomplexe ein, wenn nicht gar das modernste Laborgebäude entstehen, dessen Mittel-

Fortsetzung auf Seite 6

Ordnungspolizei kontra freiwilligen Polizeidienst

Bei dem Stadtgespräch vom 10. Mai 2007 in Lollar zwischen unserem Landesvorsitzenden Bruchmüller und dem hessischen Innenminister Bouffier wurde wieder einmal deutlich, dass die Vollzugskräfte der Kommunen scheinbar keine große Bedeutung bei der Einbeziehung der inneren Sicherheit haben.

Nur zögerlich und halbherzig wurden die Ordnungspolizeibeamten/-innen „ins Spiel“ gebracht.

Dabei übernehmen gerade diese Kollegen/-innen immer mehr die dem freiwilligen Polizeidienst zugedachten Aufgaben bzw. erledigen diese Aufgaben im Rahmen ihrer unzähligen Zuständigkeiten nebenher mit.

Allerdings gibt es noch Kommunen, die scheinbar noch nicht erkannt haben, wie vielseitig die kommunalen Vollzugskräfte einsetzbar sind.

Gerade in kleineren Gemeinden ist feststellbar, dass gut ausgebildetes und motiviertes Personal für allerlei „fremde“ Aufgaben „missbraucht“ wird.

So erledigen sie Botengänge, Hausmeisterarbeiten usw. im Rahmen ihres Streifenendienstes mit, anstatt diese wertvolle Zeit in

die Sicherheitsmaßnahmen bzw. Überwachung zu investieren.

Mir ist schleierhaft, wieso die Entscheidungsträger einer solchen Kommune über den Einsatz von freiwilligen Polizeihelfern nachdenkt, ohne zuerst sich zu hinterfragen, ob nicht das vorhandene Personal für dieses Einsatzgebiet geeignet ist.

Statt zusätzliches Geld für einen freiwilligen Polizeidienst auszugeben, wäre eigenes Personal mit Sicherheit effektiver einsetzbar und würde somit zu einer echten Entlastung der Vollzugspolizei beifügen.

Der freiwillige Polizeidienst ist aufgrund seiner Rechtsstellung nach dem Hessischen Gesetz über Sicherheit und Ordnung (HSOG) nur sehr bedingt in der Lage, der Aufgabenerfüllung der Polizei nach § 1 HSOG nachzukommen. In ländlich geprägten Regionen käme dies lediglich der Beobachtung von Straftaten gleich, wenn polizeiliche Unterstützung nicht sofort zur Verfügung steht. Ein Einschreiten ist aus Gefahrengründen nicht vorgesehen.

Nach § 2 des Hessischen freiwilligen Polizeidienst-Gesetz (HEPG) ist der freiwillige Poli-

zeihelfer zur Identitätsfeststellung und Prüfungen von Berechtigungsscheinen sowie der Erhebung personenbezogener Daten und auch zur Erforschung von Ordnungswidrigkeiten gemäß §§ 46, 53 Ordnungswidrigkeitengesetz berechtigt. Entsprechend § 2 HFPG ist die Durchsetzbarkeit einer Maßnahme bei Weigerung durch den Betroffenen jedoch nicht gegeben, da der freiwillige Polizeihelfer keinen unmittelbaren Zwang ausüben darf.

Auch sollte berücksichtigt werden, dass erfahrungsgemäß im Bereich von kleineren Kommunen eine hohe Flexibilität erforderlich ist, da Störer, die sich ständig beobachtet fühlen, ihren Aufenthaltsort sehr schnell in eine Nachbarkommune verlegen. Sollte diese Nachbarkommune nicht zeitgleich ebenfalls über freiwillige Polizeihelfer verfügen, wäre dies eine ziemlich einseitige Problemverlagerung.

Wie mir bekannt ist, verfügen zumindestens im südhessischen Bereich sehr viel Kommunen über Ordnungspolizeibeamte/-innen. Dieses Personal ist aufgrund des Ausbildungsstandes und der Ermächtigung durch das Regierungspräsidium bzw. des

zuständigen Landkreises sofort in der Lage, vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung zu betreiben bzw. bei Verfolgung von Straftaten Maßnahmen nach dem HSOG bzw. der StPO einzuleiten und entsprechende Anzeigen vorzulegen, ohne dass die Vollzugspolizei hinzugezogen werden muss.

Voraussetzung für die Durchsetzung von Maßnahmen ist natürlich, dass die Kollegen/-innen entsprechend ausgerüstet sind.

Der hessische Innenminister Bouffier wäre gut beraten gewesen, vor Einführung des freiwilligen Polizeidienstes die Ressourcen vorhandener Kräfte der Ordnungspolizeien der Kommunen zur Stärkung der inneren Sicherheit in sein Konzept mit einzubeziehen. Hierbei wäre vielfach nur Weiterbildung statt Neuausbildung erforderlich gewesen. Die Aufgaben der Gefahrenabwehr oder bestimmter polizeilicher Aufgaben sind lediglich in die Bestellung kommunaler Polizeibediensteter aufzunehmen (§ 99 HSOG).

Der Name des Verfassers ist der Redaktion bekannt

GdP IM GESPRÄCH

Fortsetzung von Seite 5

punkt eine automatisierte DNA-Untersuchungsstraße einnehmen wird, wie Peter Raisch nicht ohne berechtigten Stolz berichtete.

Zudem würdigte Peter Raisch die hervorragende Ermittlungsarbeit und das in allen Organisationseinheiten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des HLKA zu verzeichnende hohe Potenzial an Arbeitsinsatz und -bereitschaft, einschließlich deren umfanglichen

Befähigungen, am Beispiel der gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Westhessen und mit Spezialeinheiten erst kürzlich erfolgreich verlaufenen Festnahme des seit langem bundesweit und international gesuchten „Fensterbohrers“.

Aber wie das bei einem Zusammentreffen polizeilicher Fachleute und von Gewerkschaftsfunktionären nun einmal so ist, war das HLKA nicht allein Gesprächsgegenstand dieser Runde. Islamistischer Terrorismus, die im Zusammenhang mit

dem G8-Gipfel wieder entbrannte Diskussion um Gummi-geschosse für die Polizei als auch die öffentliche Diskussion zur verdachtsunabhängigen Internetrecherche waren – wie selbstverständlich auch die aktuellen gewerkschaftlichen Aktivitäten am Beispiel „Baunatal“ und „Beamtenbesoldung/-versorgung sowie Tarif“ – weitere Themenfelder, die man lebhaft diskutierte.

Zum Ende der Gesprächsrunde, die, was nicht anders zu erwarten war, einen breiteren

zeitlichen Verlauf nahm als ursprünglich gedacht, bekräftigten alle Teilnehmer, dass dieses Gespräch nicht nur sehr informativ, sondern auch sehr wichtig und notwendig war. Eine Fortsetzung ist daher schon vorprogrammiert, nur noch nicht terminiert.

R.H.

KREISGRUPPE OFFENBACH

Zahlreiche Jubilare geehrt

In einer gut besuchten Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Offenbach erläuterte zu Beginn kurz Jörg Schumacher als gewählter Vorsitzender die Gründe (Mitarbeit im Landesvorstand) für die kommissarische Wahrnehmung der Funktion des Vorsitzenden durch Giovanni Li Fonti und übergab anschließend das Wort an diesen.

Der anwesende Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller berichtete zu aktuellen Themen der gewerkschaftlichen Landespolitik und veranschaulichte insbesondere deutlich die Hintergründe der Tarifaueinandersetzungen. Anschließend beantwortete er Fragen der Mitglieder.

Zusammen mit Giovanni Li Fonti ehrte Jörg Bruchmüller die Jubilare:

25 Jahre Mitgliedschaft: Rainer Aulbach, Hans-Joachim Bergmann, Bernhard Buschmann, Detlev Dunkel, Fred Gellner, Klaus Haimerl, Roger Heberer, Klaus Hofmann, Sven Hohmann, Thomas Kirsten, Hans-Dieter Schnipkowitz, Torsten Schumann, Gregor Schwarz, Hans-Jürgen Tippe, Michael Tippmann, Axel Trepte, Heinrich Watzka und Wolf-Dieter Weidner.

40 Jahre Mitgliedschaft: Klaus Hess, Udo Lohr, Ernst Schütz, Norbert Walter und Margarete Wenzel.

50 Jahre Mitgliedschaft: Herbert Focke.

60 Jahre Mitgliedschaft: Josef Heilmann.

Die anwesenden Jubilare erhielten eine Urkunde, die Jubiläumsnadel und eine Tischuhr mit Datum und Temperaturanzeige, Logo der GdP inbegriffen.

Anschließend erfolgte die Verabschiedung des langjährigen Vertrauensmannes Ulf Dahlen in die Pension. Giovanni Li Fonti würdigte sein stetes Engagement für die GdP und stellte heraus, dass auf Ulf immer Verlass und stets zur Stelle war,



GUT BESUCHT: zahlreiche Kreisgruppenmitglieder waren zur Jahreshauptversammlung gekommen.



ERINNERUNGSFOTO: Im Anschluss an die Ehrungen wurde ein Erinnerungsfoto mit den Jubilaren gemacht.



EHRUNG: Josef Heilmann wurde für 60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt.

wenn zusätzliche Aufgaben bewältigt werden mussten. Ein überreichtes Präsent soll ihn auch zu Hause immer an seine GdP erinnern.

In seiner Rede stellte Giovanni Li Fonti zunächst die über das Jahr neu gewonnenen Vertrauensleute vor und bedankte sich bei allen Ehrenamtlern für ihr gewerkschaftliches Engagement:

Ulrike Claus, Abteilung Zentrale Dienste, Gabriele Ott-Beavers, Ermittlungsgruppe Offenbach, Thomas Baier, Verkehrsinpektion, Pascal Becker, Ordnungsamt Offenbach, Jan Henninger, Pst. Langen, Volker Kahle, OPE Offenbach und Gerd Steinbrecher, Einsatzbereitschaft.

Anschließend berichtete er über Aktivitäten, die der Vorstand für die KG aber auch für die BZG und mit der KG Main-Kinzig initiiert und durchgeführt hat:

- Demonstration des DGB in Frankfurt am Main,
- Durchführung eines Vertrauensleute-Seminars,
- Zusendung von Geburtstagskarten an alle Mitglieder,

- Verfassen, weiterleiten und aushängen von Leserbriefen zu verschiedensten Themen,
- Veranstaltung einer Welcome-Party für Neuzugänge zur Behörde,
- Präsent an weibliche Mitglieder zum Weltfrauentag,
- Schifffahrt nach Rüdeseim,
- Demonstration der GdP in Baunatal,
- Mitarbeit im Landesvorstand der GdP,
- Vertretung im Personalrat der Behörde,
- bevorstehende Führung Kriminalmuseum Frankfurt und
- bevorstehendes Sommerfest am 25. 8. 2007.

Anschließend berichtete er in seinem Rechenschaftsbericht von Themen, die die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im besonderen Maße berührten und berühren.

Thematisiert wurde der Verlust der 25 Vollzugsstellen im Rahmen der Personalvernichtungsstelle, mit diesen im Zusammenhang die Ergebnisse der (AG Lich) AG Personal und dem Abbau des Wechselschichtdienstes, der Freiwillige Polizeidienst, die bisher noch nie dage-

wesene Verfahrensweise der Behördenleitung bei Stellenbesetzungen und Ausschreibungen innerhalb der Behörde, die Stimmungslage innerhalb der Behörde, die angedachte Auszahlung von Mehrarbeit/Überstunden, Überlegungen zur Fürsorge der Behörde, zur Rotation und zu Klageverfahren innerhalb der Behörde. Sachlich aber deutlich wurde der Behörde aufgezeigt, wo der Schuh drückt und wie die Stimmungslage ist.

Nach seinem Grußwort nahm der anwesende Polizeipräsident Heinrich Bernhardt zur Rede des Vorsitzenden kurz Stellung und erläuterte seine Sicht der Dinge.

Auf Vorschlag des Vorstandes wurde **Claus Jeuthe, Beschäftigter beim Ordnungsamt Dietzenbach**, ohne Gegenkandidat einstimmig zum Schriftführer gewählt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen erfolgte noch die obligatorische Aussprache und anschließend das Ende der Veranstaltung.

*Giovanni Li Fonti
Offenbach*

Gemeinsames Sportfest der III. BPA mit der VFH Mühlheim



Viele Besucher

Gute Nachbarn feiern zusammen. So wie im richtigen Leben verhält es sich auch mit der nachbarschaftlichen Beziehung der Verwaltungsfachhochschule, Fachbereich Polizei, Abteilung Mühlheim, die bekanntlich auf dem Gelände der III. BPA in Mühlheim untergebracht ist, und der Bereitschaftspolizei.

Am 28. Juni wurde ein gemeinsames Sportfest ausgetragen. Bei wechselhaften Temperaturen wurden verschiedene Wettbewerbe, darunter auch Volleyball und Fußball, unter wettkampfmäßigen Bedingungen ausgetragen.

Sportlich fair aber dennoch nicht minder spannend endete das Volleyballfinale erst im dritten Satz zugunsten der Bereit-

schaftspolizei. Im Anschluss an die sportlichen Highlights konnten sich Aktive und Ehemalige in gemütlicher Atmosphäre bei Pizza, Bratwurst und anderen Leckereien austauschen.

Nach der Siegerehrung, die von der GdP gerne mit T-Shirts unterstützt wurde, spielte dann die bekannte Band „Lakehurst“ ihr umfassendes Repertoire ab.

Der GdP-Stand, betreut von Detlef Otto und Roland Kramer, durfte auch in diesem Jahr nicht fehlen.

Viele Ehemalige und Aktive nutzten die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch. Machen wir im nächsten Jahr wieder so!

JM

GdP AKTUELL

Diskussionsrunde „Stalking“ mit CDU-Kreisverband

Das Thema „Stalking“, gerade vor dem Hintergrund des seit langem geforderten und am 31. März in Kraft getretenen Straftatbestandes, stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde, zu der der Arbeitskreis „Innere Sicherheit“ der CDU Main-Kinzig und Bad Soden-Salmünster am 28. Juni eingeladen hatte.

Gemeinsam mit dem stellv. Landesvorsitzenden Jörg Schumacher informierte der Vorsitzende der GdP-Kripokommission, Ralf Humpf, die Anwesenden in anschaulicher Art und Weise über die Tragweite und oftmals dramatischen und einschneidenden Folgen der äußerst subtilen Tatbegehungsformen. Aber auch der Rege-

lungscharakter des neu geschaffenen § 238 StGB (Nachstellung) sowie die in § 112a StPO vorgenommenen Ergänzungen zum Haftgrund der Wiederholungsgefahr wurden ebenso wie die für die Betroffenen nach dem Gewaltschutzgesetz fortbestehenden zivilrechtlichen Möglichkeiten von ihm näher beleuchtet.

Zudem wurde mit den interessierten Teilnehmern auch die Sinn- und Zweckmäßigkeit einer landesweiten Einführung von sogenannten Stalkingbeauftragten diskutiert, nicht ohne auf die bestehenden personellen Defizite im Bereich der hessischen Polizei einzugehen.

Den Teilnehmern an dieser Veranstaltung wurde dabei

mehr als deutlich, dass eine neue Strafvorschrift allein das Problem nicht lösen kann, sondern die vorhandenen Möglichkeiten des Strafrechts und Gewaltschutzgesetzes einer konsequenten Befassung und Umsetzung wie auch weiteren Aufklärungsarbeit auf allen Ebenen bedürfen.

Insofern bedankten sich die Verantwortlichen und Teilnehmer bei Jörg Schumacher und Ralf Humpf nicht nur für die aus ihrer Sicht sehr interessante und informative Vermittlung der Thematik, sondern erklärten spontan, alsbald eine Folgeveranstaltung für ein breiteres Publikum mit erneuter Unterstützung der GdP ausrichten zu wollen. **R.H.**



Landtagswahlen
in
5 Monaten

- **Tarif- und Gehaltsverhandlungen – jetzt!**
- **Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit!**
- **Faktorisierung der Schichtarbeit!**